

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Von allen Seiten – massive Forderungen nach „Korrektur sozialer Ungerechtigkeit“ „KURT BECK, DAFÜR HAST DU DIE MEHRHEIT IN DER SPD“

...schreiben SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen in einem Offenen Brief an den Vorsitzenden der SPD, Kurt Beck.

Schröders Agenda-Politik, fortgesetzt von der Großen Koalition, hat im Sozialstaat eine tiefe Spur der Zerstörung hinterlassen.

Täglich richten ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, die Jugend ihre Proteste und Forderungen gegen die schreienden sozialen Ungerechtigkeiten, die bitteren Früchte dieser Politik, und erheben sich in Streikämpfen dagegen.

„Wir werden spätestens in 15 Jahren Millionen Rentner haben, die – wenn nichts passiert – von der Sozialhilfe leben müssen“, warnt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Und der Vorsitzende der IG BAU, Klaus Wiesehegel: „Die Rente mit 67 ist ein unmenschliches Rentenkürzungsprogramm, das vom Tisch muss.“

Und der DGB fordert 16,5 Milliarden Euro aus Bundesmitteln für „Korrekturen“ der Rentenreformen, der Rentenkürzungsprogramme der Großen Koalition.

Erschreckende Zahlen im 2. Armutsbericht der Bundesregierung: 20 Millionen (d.h. 25%) der Deutschen leben am Rande der Armut, z.T. unterstützt von Sozialtransfers. Jeder 8. lebt in Armut – das ist die Bilanz der Agenda-Politik. Und doch feigt Finanzminister Steinbrück die Forderungen nach Erhöhung der Regelsätze für Hartz IV – es gibt keine „finanziellen Spielräume“ – vom Tisch. Mit einer noch härteren Kürzungspolitik gegen alle sozialen Leistungen und den Öffentlichen Dienst will er die Zielvorgaben der EU/Großen Koalition erreichen, bis 2011 ohne neue Schuldenaufnahme auszukommen.

In Hessen haben die ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen die SPD mit Andrea Ypsilanti gewählt. Sie unterstützen das Eintreten von Andrea Ypsilanti für die

Wiederherstellung und Respektierung des gewerkschaftlichen Tarifvertrags durch die Rückkehr von Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder; sowie ihre Forderung nach Aufhebung aller Kürzungsmaßnahmen gegen Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen, gegen die Öffentliche Daseinsvorsorge.

Die Krankenhaus-Beschäftigten und ver.di prangern die „unhaltbaren Zustände“ in den deutschen Krankenhäusern an, Produkt der Gesundheits„reformen“ der Großen Koalition. Sie können die notwendige Krankenversorgung nicht mehr garantieren. Sie fordern verantwortliche Arbeitsbedingungen und ausreichendes Personal.

Doch der Wiederaufbau der sozialstaatlichen Errungenschaften, die Finanzierung von ausreichendem Personal, damit die Sozial- und Bildungseinrichtungen ihre Aufgaben erfüllen können, verlangt die notwendige finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte; verlangt die Umkehr in der Steuerpolitik, um Schluss zu machen mit der jahrelangen Ruinierung der öffentlichen Haushalte durch immer neue Steuersenkungen für das Kapital und große Vermögen;

und um Schluss zu machen mit der Ausplünderung der ArbeitnehmerInnen durch die vom DGB gezeißelte Politik der „Steuerungsgerechtigkeit“.

Am 1. Mai in Bottrop sah sich Finanzminister Steinbrück, der – im Namen des von der EU gebotenen 0-Defizits – die Wiedereinführung der Pendlerpauschale ablehnt, von wütenden KollegInnen ausgebuht. Sie wollen nicht auch noch diese Milliarden schwere Steuererhöhung für die ArbeitnehmerInnen hinnehmen, nachdem ihnen schon die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Taschen leert.

Eine Mehrheit der ArbeitnehmerInnen, der GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen hat mit der auf dem Hamburger SPD-Parteitag unter der Führung

von Kurt Beck begonnenen Neuorientierung der SPD die Hoffnung auf die dringend notwendige Korrektur „sozialer Zumutungen“ verbunden: „Keine Reformen mehr, die den Menschen Angst machen!“

Doch die Steinbrück und Steinmeier, die sich der Fortsetzung der EU/Agenda-Politik in der Großen Koalition verschrieben haben, haben vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um einen Kurswechsel hin zu wirklicher sozialdemokratischer Politik zurückzuschlagen.

Sie haben eine Entscheidung für die Bahnprivatisierung gegen die gesellschaftliche Mehrheit, gegen die Mehrheit in der SPD, gegen die Gewerkschaften und die Transnet-KollegInnen erzwungen.

Sie haben ihren Beitrag geleistet, um die Bildung einer SPD-geführten Regierung unter Andrea Ypsilanti mit dem Mandat für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu torpedieren.

Warum entspricht Kurt Beck in dieser Situation nicht dem Auftrag des Hamburger Parteitags und ergreift die Gelegenheit zur Einberufung eines Sonderparteitags der SPD?

Es gibt keinen Zweifel daran, dass er dort, dass er in der SPD die Mehrheit hat und die gesellschaftliche Mehrheit, auf die gestützt die notwendigen Maßnahmen durchgesetzt werden können, um den sozialen Verfall des Landes – und auch den erneut drohenden Niedergang der SPD – zu stoppen und umzukehren.

CARLA BOULBOULLÉ

EINLADUNG der Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative zu einer bundesweiten Versammlung:

**„Die Offensive für sozialdemokratische Politik in Hessen – weg von der Agenda-Politik – muss eine Offensive der gesamten SPD werden“
(s. Seiten 3 und 4)**